

SPD SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/145 - 27.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Sowjetischer Druck auf Westberlin verstärkt	S. 1
Eisenhower in Bedrängnis	S. 3
McCloy und das saarländische Wahlgesetz	S. 4
Vopo - Werbung - ein Fehlschlag	S. 6

Zunehmende Abschnürung Berlins

Von Willy Brandt, M.d.B.

Es hat keinen Sinn, die Dinge zu dramatisieren. Was an den Zonengrenzen vorgeht, ist an sich dramatisch genug. Die selbstverständlich erscheinenden Hilfsmaßnahmen des Bundes haben leider nicht so eingesetzt, wie es aus sowohl humanitären, nationalen wie außenpolitischen Gründen erforderlich gewesen wäre. Die sachliche aber eindringliche Unterrichtung der Weltöffentlichkeit läßt ebenfalls zu wünschen übrig.

Die SPD will die Bundesregierung durch einen neuen Beschluß des Bundestages veranlassen, das Tatsachenmaterial über die Vorgänge an den Zonengrenzen zusammenzustellen und den Vereinten Nationen zu unterbreiten. Berlin ist in diesen Antrag ausdrücklich einbezogen. Denn in Berlin setzt sich die Abschnürung von der die Stadt umgebenden Zone in raschem Tempo fort. Zehntausende kleiner Leute sind dadurch in diesen Tagen zutiefst betroffen worden.

Auf den erneuten Versuch einer psychologischen Isolierung Berlins haben die verantwortlichen Kreise des Westens nicht mit der gebührenden Entschlossenheit reagiert. Die wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen werden noch auf der Ebene der Ministerien beraten, und der Berlin-Ausschuß wird sich in einer Woche an Ort und Stelle mit den aufgeworfenen Fragen befassen. Inzwischen aber

sind neue Probleme aufgetreten.

Es begann damit, daß Westberliner keine Fahrkarten in die Sowjetzone mehr kaufen durften. Das sah relativ harmlos aus, und der östlichen Seite schien es darum zu gehen, den Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt in Westmark einzuziehen. Dann kam jedoch die Anordnung, daß keine Passierscheine mehr für diejenigen Westberliner ausgestellt würden, die über Grundstücke in der Zone verfügen. Sie sollten sich an den Senat halten, ist ihnen zynisch erklärt worden.

Dieser sowjetzonale Verwaltungsakt kommt einer kalten Enteignung von etwa hunderttausend einfacher Menschen gleich. Zahlenmäßig fallen nämlich nicht die eigentlichen Hausbesitzer ins Gewicht, sondern alle diejenigen, die einen Schrebergarten außerhalb des Stadtgebietes ihr Eigen nennen. Darunter befinden sich viele Rentner und Arbeitslose, für die der Verzicht auf ihren Garten und ihre Laube eine menschliche Tragödie ist.

Die östliche Seite geht weiter. Sie will abstellen, daß es noch Westberliner gibt, die ihren Arbeitsplatz im Ostsektor oder den Randgebieten der sowjetischen Zone haben. Sie sollen umziehen oder ihre Arbeit verlieren. Sogar den Rentnern der früheren Reichsbahn ist aufgelegt worden, in den Osten umzuziehen, wenn sie ihrer bescheidenen Versorgung nicht verlustig gehen wollen.

Meldungen über eine Abtrennung des Ostsektors von Westberlin sind in vielfach übertriebener Form verbreitet worden. Eine solche Maßnahme ist praktisch nicht leicht durchzuführen. Aber auch auf diesem Gebiet sind die Machthaber der östlichen Seite nicht untätig. Dazu gehört ihr Verbot, daß Westdeutsche sich ohne besondere Aufenthaltserlaubnis in den sowjetischen Sektor Berlins begeben. Dennoch bleibt die Haupttendenz der gegenwärtigen Entwicklung, Berlin möglichst vollkommen von der Zone abzuschneiden. Es ist unmöglich zu wissen, wie weit man diesen Wahnsinn noch treiben will.

Eines aber ist klar: Der Bund kann die Dinge nicht einfach treiben lassen. Er und die Westmächte müssen sich zu ernstem Nachdenken darüber entschließen, wie einerseits geholfen und andererseits dazu beigetragen werden kann, das Unheil einer innerdeutschen Abschneidung durch Stacheldrahtverhaue und Minenfelder abzuwehren.

+ + +

Geheimtip Harry S. Truman ?

-tt-, New York, Juli 52

Die europäischen Vorstellungen von der Intensität, aus der in den USA der Wahlkampf um die Präsidentschaft betrieben wird, sind durchaus ungenügend. Tag für Tag, mit wenigen Ausnahmen, liefern die Reden der Bewerber um die Kandidatur die einschlägigen Meldungen, die Schlagzeilen der amerikanischen Presse, und auf der Straße, bei meetings oder parties bildet der Wahlkampf den Mittelpunkt des Gesprächs, zu dem man immer wieder zurückkehrt.

Bei diesen Diskussionen, mit Leidenschaft und mit einer beachtlichen Kenntnis der komplizierten Wahltechnik geführt, werden, je näher die Tagungsterrine der Parteikongresse herannahen, die Aussichten der einzelnen Bewerber immer schärfer herausgearbeitet. Ein Ausschnitt von Dutzenden solcher Unterhaltungen in allen möglichen Kreisen ergibt etwa folgendes Bild: Auf der republikanischen Seite rechnet man mit einer wahrscheinlichen Nominierung Tafts, hinter dem die gesamte Parteimaschine steht und der seinen Gegner Eisenhower immer mehr in die Enge getrieben hat. Der General, der bedeutend populärer ist als Taft, hatte einen bemerkenswert schlechten Start und versäumte vor allem, konkret zu sprechen. Seine allgemein gehaltenen Reden haben keinen positiven Eindruck hinterlassen. Außerdem gilt Eisenhower als Außenseiter und die Republikanische Partei fürchtet, daß er das Schicksal aller ihrer Außenseiter-Kandidaten bei den letzten Wahlen erleiden könnte. Schließlich ist Eisenhower nun einmal General, und man meint in Amerika jetzt, nicht einmal ein besonders guter, so daß auch hier seine Position nicht allzu günstig ist. Allerdings läßt der Abstimmungs-Modus alle Möglichkeiten offen und die Zahl der bereits jetzt versprochenen Hilfstimmen ist immerhin erheblich, so daß am 21. Juli in Chicago Überraschungen zu erwarten sind. Möglicherweise entscheiden sich die Wahlmänner auch weder für Eisenhower noch für Taft, sondern für einen ganz neuen Mann, der dann plötzlich präsentiert würde.

Die Entscheidung der Demokraten fällt ebenfalls in Chicago am 7. Juli. Das Weiße Haus hat erklärt, daß es noch keinen offiziellen

27. Juni 1952

Kandidaten habe. Diese Mitteilung ist in den USA sehr beachtet worden. Aus den Diskussionen über den Mann der Demokraten zeigt sich, für Europa wahrscheinlich überraschend, daß man Gouverneur Stevenson, falls er zustimmen sollte, die meisten Chancen gibt. Harriman, der bisher als der Tip Trumans galt, hat zu viele handicaps zu überwinden, und seinem Erfolg bei der Pro-Forma-Wahl in Washington, deren Bevölkerung bei der Präsidentschaftswahl selbst nicht mit abstimmen wird, mißt man keine besondere Bedeutung zu. Schließlich ist Harriman der "favoured son" von Washington, so daß es eigentlich selbstverständlich war, daß er siegte. Aber Harriman trägt vor allem die Last der nur "ererbten" Dollarmillionen, dann ist er viel zu elegant und außerdem einmal geschieden. Für ihn spricht seine Klugheit und seine Auslandskenntnis.

Senator Kefauver aus Tennessee, also aus dem Süden, hat gerade dort wenig Freunde. Der Mann, der gegen den Willen der Parteimanager Senator wurde, gilt im Süden als zu negerfreundlich und das würde man nur einem Nordstaatler oder einem Republikaner verzeihen. Amerikaner bezeichnen Kefauver, der durch das Fernsehen als Vorsitzender des Korruptions-Ausschusses eine unfaßbare Popularität erhalten hat, und der ein großartiger Debatter ist, als einen ost-österreichischen Typ, dessen reaktionäre Einstellung durch Schlamperei verniedlicht wird.

Wählen die Demokraten am 7. Juli nicht Stevenson, der als außerordentlich tüchtig bezeichnet wird, dann besteht die Möglichkeit, daß der Parteitag doch noch Harry S. Truman beauftragt, die Kandidatschaft zu übernehmen. Truman hätte dann, so sagt man, große Chancen für seine Wiederwahl. Daß er den Auftrag annehmen würde, das halten immer mehr Amerikaner für möglich. Der 7. Juli wäre dann also praktisch eine Art Vorentscheidung für die Herbstwahl.

+ + +

Undemokratisches Wahlgesetz im Saargebiet

"Ich habe keinen Grund zu der Annahme, daß die Wahlen an der Saar nicht frei sein werden". - Der USA-Hochkommissar McCloy vor Pressevertretern in Wiesbaden. Wie frei die Wahlen sein werden, geht aus dem schändlichen Wahlgesetz hervor, das den francophilen Parteien eine Monopolstellung sichern soll. Weiß McCloy nicht, was sich an der Saar abspielt?

x - Saarbrücken

Die Saar-Regierung hat dem Landtag den Entwurf eines Wahlgesetzes für die künftige Landtagswahl vorgelegt, das wegen seiner

undemokratischen Bestimmungen, in erster Lesung sogar von der in ausenpolitischen Fragen gleichgeschalteten SPS abgelehnt wurde. Wie das kürzlich verabschiedete Parteiengesetz läßt auch das Landtagswahlgesetz deutlich die Absicht erkennen, den jetzt bestehenden francophilen Parteien auf dem Wege der Gesetzgebung die bessere Ausgangsposition zu geben.

Im Paragraph 5 des Gesetzes werden alle Deutschen ohne roten Personalausweis vom Wahlrecht ausgeschlossen, sofern sie nicht sechs Monate vor dem Wahltag einen Antrag auf Einbürgerung im Saarland gestellt haben. Das bedeutet, daß Zehntausende an der Saar lebende Menschen immer noch gemäß den staatsrechtlich in keiner Weise fundierten Bestimmungen des Staatsangehörigkeitgesetzes politisch entmündigt bleiben.

Von der Wahlbarkeit ausgeschlossen sind im § 11 des Gesetzes neben den Geisteskranken und Vorbestraften die Personen, "die innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem Tage der Wahl

- a) dem Vorstand einer nach den Bestimmungen des Gesetzes betreffend politische Parteien vom 17.3.1952 und inzwischen aufgelösten Partei zum Zeitpunkt der Auflösung angehört haben,
- b) Mitglieder eines Gründungsausschusses zur Bildung einer politischen Partei waren, die nach den Bestimmungen des Gesetzes betreffend politische Parteien vom 17.3.1952 nicht registriert worden ist".

Diese Bestimmung läßt eindeutig die Absicht erkennen, die Oppositionsparteien DSP, CDU und DPS vor der Wahl nicht zuzulassen und damit alle oppositionellen Kräfte von der Wahlbarkeit auszuschließen.

Dem französischen Saar-Innenminister Hector ist im § 37 des Gesetzes die Lenkung des Wahlkampfes übertragen. Er kann diktatorisch seine Dauer festsetzen und die Abhaltung von Wahlversammlungen, das Ankleben von Wahlplakaten, das Verteilen von Flugblättern und die Wahlpropaganda durch Lautsprecher regeln.

Wenn trotz dieser einseitigen Bestimmungen ein der französischen Saarpolitik unbotmäßiger Abgeordneter in den neuen Landtag kommen sollte, kann er gemäß § 55 des Wahlgesetzes seine Mitgliedschaft zum Landtag verlieren, wenn er nach dem Urteil der Landtagsmehrheit den in der Verfassung verankerten demokratischen Staat in seinem Bestand angreift oder untergräbt.

Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form nach den jetzt eingelegten Sommerferien vom Saarlandtag verabschiedet wird. Damit wird den jetzigen Machthabern die Möglichkeit gegeben, alle Mittel zur Unterdrückung einer echten Opposition anzuwenden und durch ihren Machtapparat schon vor Stattfinden der Wahl deren Ergebnis zu beeinflussen.

Deshalb muß schon jetzt mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß ein Votum, das unter den durch das Gesetz geschaffenen Voraussetzungen zustande kommt, nicht als freie Entscheidung der Bevölkerung angesehen werden kann. Falls die Marionettenregierung in Saarbrücken nicht durch entsprechende Schritte (die in erster Linie von der Bundesregierung zu unternehmen wären) zur Vernunft gebracht werden kann, bleibt nur die Möglichkeit, den Protest der Saarbevölkerung durch Abgabe weißer Stimmzettel und Wahlenthaltung zum Ausdruck zu bringen. Wer mit so zynischer Offenheit die Prinzipien der Demokratie untergräbt, wie es die Saar-Gewaltigen in dem Landtagswahlgesetz getan haben, muß damit rechnen, darauf die einzig mögliche Antwort zu erhalten.

+ + +

Vopo-Werbung - ein Fehlschlag

Aus der Sowjetzone wird uns geschrieben:

Die erste Werbekampagne der Vopo für eine deutsche Nationalarmee wird nach Angaben aus Kreisen der Sowjetzonenregierung als gescheitert angesehen. Entscheidend für dieses Fehlschlagen war der Widerstand, den die Jugend mit Ausnahme von ein paar linientreuen FDJlern den Remilitarisierungsmaßnahmen entgegengesetzt hat. Die Beschlüsse des Leipziger Pfingstparlamentes der FDJ haben keine Änderung in dieser Situation herbeiführen können. Im Gegenteil, selbst FDJ-Mitglieder erklären, daß "sie politische Konsequenzen aus dem Kurswechsel der FDJ um 180 Grad ziehen würden". Trotz aller Drohungen steigen die Austrittsziffern aus der FDJ. Nach den Gründen ihres Austrittes befragt, erklären viele dieser Jugendlichen, daß sie "für den Frieden seien". Auch die Tatsache, daß viele Jugendliche damit ihren Arbeitsplatz verlieren, vermochte sie bisher nicht von dieser Haltung abzubringen.

Das Fiasko, das die kommunistischen Machthaber erleben mußten, ist groß. In Landkreisen mit 120000 Einwohnern vermochten sie nur rd. 30 Jugendliche zum Eintritt in die Vopo zu überreden oder zu zwingen. Selbst in vielen Großbetrieben, in denen die Verpflichtungsmaßnahmen besonders scharf angewandt wurden, erhielten sie nicht mehr als fünf Zustimmungen aus Kreisen der FDJ-Betriebsgruppe. Aus anderen Betrieben mit tausenden von Angestellten und Arbeitern haben sie nicht eine einzige Freiwilligenmeldung erhalten, obwohl die Jugendlichen einzeln vor die Musterungskommission zitiert wurden. - In vielen Fällen blieben auch drei-bis vierstündige Verhöre ohne Erfolg. Die Jugendlichen entfernten sich schließlich unter irgendeinem Vorwand und kamen nicht wieder. Jugendlichen, die ihre Ablehnung mit dem Hinweis auf eine noch nicht vollendete Lehrzeit begründeten, wurde die Vollendung ihrer Berufsausbildung auf der Polizeischule versprochen. Bei den gleichzeitig angewandten Drohungen spielt das Argument eine Rolle, daß eine Flucht unmöglich sei und daß die Jugendlichen eines Tages doch ihren Gestellungsbefehl erhalten würden. Es sei von Vorteil, sich deshalb jetzt schon "freiwillig" zu melden.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler